

Aachen
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Castrop-Rauxel
Dortmund
Duisburg
Düren
Düsseldorf
Essen
Gelsenkirchen
Gladbeck
Gütersloh
Hagen
Hamm
Herford
Herne
Iserlohn
Krefeld
Köln
Leverkusen
Lüdenscheid
Marl
Minden
Mönchengladbach
Mülheim an der Ruhr
Münster
Nettetal
Neuss
Oberhausen
Recklinghausen
Remscheid
Siegen
Solingen
Viersen
Willich
Witten
Wuppertal

Inhalt

2 Editorial

- Nordrhein-Westfalen: Land der Städte
-

3-15 Im Fokus

- Bericht von der Mitgliederversammlung 2018 des Städtetages Nordrhein-Westfalen
 - Ministerpräsident Armin Laschet: Rede bei der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW
 - Pit Clausen: Gleichwertige Lebensbedingungen schaffen im Schulterschluss mit dem Land
 - Helmut Dedy: Städte und Städtetag gestalten Digitalisierung mit – Land ist ebenfalls gefordert
-

16 Termine

Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang Juni haben die nordrhein-westfälischen Städte nach Bielefeld geschaut, zur Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig ging der Blick aber auch ein bisschen nach Berlin. Viele warteten darauf, dass von der Bundesregierung die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt werden würde. Dass die Bundesregierung das Thema prominent aufgreifen will, ist ein gutes Zeichen. Wir haben allerdings auch große Erwartungen an die Arbeit der Kommission.

Ein Thema darf dabei aus Sicht der Städte in Nordrhein-Westfalen auf keinen Fall fehlen: das Thema der Altschulden. Die nordrhein-westfälischen Kommunen haben etwa 50 Milliarden Euro Schulden in ihren Büchern. Mehr als die Hälfte davon sind Kassenkredite, also Kredite zur Liquiditätssicherung, die häufig nur über kurze Zeiträume zinsgebunden sind. Und das macht es so gefährlich. Niemand weiß, wann und wie schnell die Zinsen wieder steigen. Schon bei einem Anstieg von einem Prozentpunkt bedeutet das für die Städte Zusatzausgaben von 200 Millionen jährlich. Es wird ganz schnell klar, dass dann die Altschulden die letzten Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort vernichten, Engagement zerstören und Perspektiven zunichte machen.

Aber wie bekommen wir das Altschuldenproblem in den Griff? Die beste Zinssicherung ist der Schuldenabbau. Es gilt, einen Weg aufzuzeigen, wie die Kassenkreditbestände wieder auf ein Maß reduziert werden können, das ihrem eigentlichen Zweck entspricht. Und wir müssen die tickende Zinsbombe in den Griff bekommen. Hier geht es darum, Kassenkredite mit Hilfe des Landes in längerfristige Darlehen umzuwandeln. Eines ist völlig klar: Ohne die Beteiligung des Bundes kann es keine tragfähige Lösung geben. Der Bund muss mit den Ländern in Gespräche über Entschuldungsprogramme und Konsolidierungshilfen eintreten.

Ein wichtiger Schritt ist mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen bereits unternommen worden. Der Stärkungspakt ist und bleibt wichtig. Die Sanierungspläne waren bislang erfolgreich. Bis heute haben die Städte selbst die kommunale Kassenlage durch Sparmaßnahmen und Einnahmesteigerungen um mehr als 3 Milliarden Euro verbessert. Viele Stärkungspakt-Städte können schon jetzt ihre Haushalte ausgleichen.

Gleichzeitig ist der Stärkungspakt Stadtfinanzen für die teilnehmenden Städte eine Mammutaufgabe, auch und nicht zuletzt, weil Sparmaßnahmen und der Zwang zu Einnahmesteigerungen für die Menschen in den teilnehmenden Kommunen nicht ohne Folgen bleiben. Zugleich belastet der Stärkungspakt die übrige kommunale Familie, die das Hilfsprogramm mitfinanzieren muss. Deshalb sind zwei Dinge wichtig: Der Stärkungspakt muss seine Fortsetzung finden. Es ist aber mindestens genauso wichtig, sich auch mit der strukturellen Situation in den teilnehmenden Kommunen auseinanderzusetzen. Der soziale Zusammenhalt und die Standortqualität müssen auch in den Stärkungspakt-Städten gesichert werden.

Ein weiteres wichtiges Thema, das uns große Sorge bereitet, ist die Reform der Grundsteuer. Die Grundsteuer ist in der bisherigen Form unvereinbar mit dem Grundgesetz. Wir appellieren dringend an die Bundesregierung und die Länder, die vom Bundesverfassungsgericht gewährte knappe Frist zu nutzen. Eine geeignete Grundlage für die Reform kann das Bundesratsmodell aus dem Herbst 2016 darstellen, mit dessen Ansatz der Wertorientierung. Wir dürfen hier keine Zeit verlieren: Es geht um 14 Milliarden Euro Steuereinnahmen der Kommunen im Jahr.



Die Durchsetzungskraft kommunaler Interessen ist dann besonders groß, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Im Städtetag Nordrhein-Westfalen bilden wir eine starke Gemeinschaft. Unermüdlich treten wir gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg für die Belange unserer Städte und damit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein. Wir haben in den vergangenen Jahren intensiv daran gearbeitet, dass der Zusammenhalt im Städtetag erhalten bleibt und weiter gefestigt wird. Ich werde mich dafür stark machen, dass wir diesen Kurs ohne Wenn und Aber fortsetzen.

Ich freue mich auf die Arbeit an der Spitze unseres Verbandes und auf die Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsstädten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Hunsteger-Petermann'.

Thomas Hunsteger-Petermann
Oberbürgermeister der Stadt Hamm
Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Bericht von der Mitgliederversammlung 2018 des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Von Tobias Fricke



Mitgliederversammlung in der Stadthalle Bielefeld (sämtliche Fotos: Michael Adamski)

Unter dem Motto „Nordrhein-Westfalen: Land der Städte“ traten rund 500 Delegierte zur diesjährigen Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in der Stadthalle Bielefeld zusammen. Kein anderes Flächenland in der Bundesrepublik ist so geprägt von seinen Städten, vom urbanen Charakter seiner Siedlungsräume wie Nordrhein-Westfalen. Immer mehr Menschen leben in den Städten. Die Städte sind urbane Arbeits- und Versorgungszentren auch für Menschen aus dem Umland. Gleichwohl ist die Entwicklung der Städte in Nordrhein-Westfalen nicht einheitlich. Es gibt Städte mit Haushaltsüberschüssen und mit erheblichen Defiziten und Altschulden, Städte mit freiem und preiswertem Wohnraum und welche mit Wohnraum-mangel und fast explodierenden Grundstückspreisen. Die vielfältigen Herausforderungen, denen sich die Städte im Land tagtäglich stellen, wurden bei der Mitgliederversammlung erörtert. Dazu zählte auch die Diskussion um den qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuung von Klein- und Grundschulkindern.



Spitze des Städtetages NRW begrüßt den Ministerpräsidenten (v. l.) Helmut Dedy, Geschäftsführer Städtetag NRW; Thomas Hunsteger-Petermann, Oberbürgermeister der Stadt Hamm; Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen; Pit Clausen, gastgebender Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld; Verena Göppert, ständige Stellvertreterin des Geschäftsführers Städtetag NRW.



Wahl des Vorsitzenden

Wahlen

Zum neuen Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen wählten die Delegierten der Mitgliederversammlung Thomas Hunsteger-Petermann, Oberbürgermeister aus Hamm. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende gehört dem Vorstand seit dem Jahr 2002 an. Er folgt auf Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld, der in Zukunft als stellvertretender Vorsitzender tätig sein wird. Clausen gehört dem Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen seit 2009 an.



Mitte: Thomas Hunsteger-Petermann, Oberbürgermeister der Stadt Hamm ist neu gewählter Vorsitzender des Städtetages NRW. Links: Pit Clausen, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld und bisheriger Vorsitzender ist zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Rechts: Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW gratuliert zur Wahl.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Bürgermeisterin Sabine Anemüller aus Viersen, Stadtrat Hans-Peter Schönweiß aus Essen und Bürgermeister Henning Schulz aus Gütersloh. Die Delegierten der Mitgliederversammlung bestätigten außerdem Bürgermeister Josef Heyes aus Willich, Bürgermeisterin Hilde Scheidt aus Aachen, Stadträtin Barbara Schmidt aus Bielefeld und Oberbürgermeister Ullrich Sierau aus Dortmund als Mitglieder des Vorstandes. Nicht mehr zur Wahl trat Bürgermeister Peter Nebolo aus Bocholt an.

Liebeserklärung an Bielefeld

Mit einer „Liebeserklärung an Bielefeld“ startete die Mitgliederversammlung zuvor in ihr Programm. Oberbürgermeister Pit Clausen begrüßte dazu den Comedian und Poetry Slammer Kolja Fach auf der Bühne, der seinen Text über Bielefeld über einen Video-Spaziergang durch die Stadt rezitierte. „Du bist keine Metropole und du willst auch keine sein, bist Puddingtown, Leinewerberstadt, Liebefeld – oder einfach daheim“, sprach er zum emotionalen Abschluss seines Gedichts, das geschickt die vielen Facetten Bielefelds aufgreift – vom Wirtschaftsstandort bis zur ostwestfälischen Mentalität. Im Spätsommer 2017 erreichte das zugehörige Video „Bielefeld: Heimat, Wirtschaft, Zukunft.“ innerhalb einer Woche über 100.000 Klicks im Internet – ein großer Erfolg für das Standortmarketing der diesjährigen Gastgeberstadt des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

Rede von Ministerpräsident Armin Laschet



Delegierte verfolgen die Rede von Ministerpräsident Armin Laschet

Ministerpräsident Armin Laschet schilderte zu Beginn seiner Rede die Motive der Landesregierung, das Thema Kommunales auf Ebene der Ministerien anders zu organisieren, als das in der Vergangenheit bei NRW-Landesregierungen der Fall war. Ein Grund dafür sei gewesen, dass der Innenminister sich ganz auf das Thema „Innere Sicherheit“ konzentrieren können sollte. Kommunales dürfe da nicht irgendwie so ein bisschen nebenher laufen. Gleichzeitig sollte die Verbindung mit den Kommunen durch ein eigenes Ministerium gestärkt werden und durch eine Ministerin, die, weil das Thema Sicherheit nicht ihr Ressort sei, nun viel mehr Kapazitäten habe mit den Akteuren vor Ort im Gespräch zu bleiben. Damit verbinde sich die Hoffnung, dass das neue Heimatministerium möglichst viele gute Lösungen in die Landesebene hineinbringe. Laschet betonte dabei ausdrücklich, dass Heimat nicht ländlicher Raum heiße und dass das Heimatministerium jetzt nicht das Ministerium für den ländlichen Raum sei. Nordrhein-Westfalen zeichne sich aus seiner Sicht gerade dadurch aus, dass es beides habe und die Städte immer ganz eng am ländlichen Raum seien. Deshalb müsse man das möglichst zusammenhalten.

Der Ministerpräsident verwies darauf, dass das Thema Sicherheit Menschen in den Städten besonders berühre und das es auch einer der Schwerpunkte in der Landesregierung sei. Gemeinsam mit der Kommunalpolitik wolle er in der Landespolitik dafür sorgen, dass NRW sichere Städte habe. Nötig seien dafür unter anderem mehr Polizeibeamte und mehr Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter. Außerdem solle die Polizei mehr Befugnisse bekommen sowie die bestmögliche Ausstattung. Eine besondere Rolle sieht Laschet in den 890 Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und den jeweiligen Städten. Damit sei in Nordrhein-Westfalen ein, wie er sagte, unverzichtbares Netzwerk für öffentliche Sicherheit vorhanden, dass dabei helfe, dass Grundvertrauen in die staatlichen Institutionen gesichert werden könne.

Wie schon beim Heimatministerium sei auch mit der Bündelung des Themas Digitalisierung in einem Ministerium die Absicht verbunden, dass es für die Städte leichter ist, nur einen Ansprechpartner zu haben und nicht mit zwei, drei, vier Ministerien auf der Landesebene zusammen arbeiten zu müssen. Der Ministerpräsident betonte, in Sachen Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen technologisch vorn sein zu wollen. Gleichzeitig müsse es aber auch darum gehen, den Menschen Sorgen zu nehmen vor den Veränderungen der digitalen Welt, ihnen neue Perspektiven zu zeigen und aber auch Bestehendes zu erhalten. Diese gesellschaftliche Dimension sei für ihn persönlich von besonderer Bedeutung. Bei der Frage, wie die Landesregierung die Digitalisierung der Verwaltung voranbringen könne, setzt Laschet auf bürgernahe Lösungen und auf Kooperationen und Vernetzungen der bestehenden Angebote von Kommunen, Land und Bund.

Ziel müsse sein, dass jemand, der ins Amt geht, möglichst direkt das beantwortet bekommt – auch digital – was er braucht, und dass er dann nicht noch einmal an fünf oder sechs anderen Stellen das Gleiche machen muss. Deshalb habe die Landesregierung fünf digitale Modellregionen benannt. Ostwestfalen-Lippe werde die erste sein, weil man hier schon sehr weit sei, in dem was da entwickelt werden muss. Bis 2020 solle dann in allen Modellkommunen der Region ein digitales Gewerbeamt als Simple Point of Contact als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen eingerichtet werden. Das sei auch verabredet mit den Industrie- und Handelskammern. Die Modellkommunen sollen digitale Treiber sein, um im digitalen Wandel Schritt halten zu können. Interessierte Kommunen könnten dann die Erfahrungen der Modellkommunen auch für eigene Projekte nutzen und sich an den entstehenden Netzwerken beteiligen, so Laschet.

Mit Blick auf die Kinderbetreuung vertrat Laschet die Position, dass es neben Übergangsregelungen zur Kitafinanzierung unbedingt und noch in dieser Wahlperiode

eine Reform der Finanzierung des Kinderbildungsgesetzes geben müsse. Nur damit werde eine qualitativ und quantitativ gute Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen auch auf Dauer sicherstellt.

Die Frage der Integration von Flüchtlingen bleibt für den Ministerpräsidenten ein sehr wichtiges Dauerthema, bei dem u.a. geregelt werden müsse, was die Kommunen aus Bundesmitteln für Integrationsausgaben erhalten. Ebenfalls als wichtige Themen von Laschet benannt und teilweise beschrieben wurden: die Schaffung von Wohnraum, die Luftreinhaltung, der Strukturwandel nach Ende des Kohleabbaus, die Finanzausstattung der Kommunen, der Umgang mit kommunalen Altschulden und Kassenkrediten, die Zuwanderung aus Osteuropa in NRW-Städte und auch der Umgang mit extremen Niederschlägen und Temperaturen.

Rede von Oberbürgermeister Pit Clausen



Pit Clausen, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Noch im Amt des Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen sprach der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen am Vormittag zu den Delegierten und Gästen. Er machte deutlich, dass die Städte im Land gemeinsam das Ziel verfolgen, gleichwertige Lebensbedingungen herzustellen. Das sei nur im Schulterschluss mit dem Land zu schaffen: Zum einen komme es zwischen Land und Kommunen darauf an, dass die finanziellen Lasten fair verteilt seien. Zum anderen benötigten die Kommunen die Freiheit für individuelle Entwicklungen. Clausen wünschte sich mehr Vertrauen in die kommunale Kompetenz und weniger zentrale Qualitätsstandards, gerade vor dem Hintergrund der sich sehr unterschiedlich entwickelnden Städte in Nordrhein-Westfalen. Unterstützungsmaßnahmen von Land und Bund sollten jeweils für die unterschiedlichen Kommunen differenziert gestaltet sein.

Der scheidende Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen begrüßte in seiner Rede die Pläne auf Bundesebene, eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und eine Kommission „Wachstum,

Strukturwandel und Beschäftigung“ einzurichten. Die Notwendigkeit ergebe sich aus den kumulierten Investitionsrückständen der rund 11.000 deutschen Kommunen. Diese belaufen sich nach Angaben des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) auf rund 126 Milliarden Euro – umgerechnet etwa 1.500 Euro pro Einwohner. Dem gegenüber konnten die NRW-Kommunen im Jahr 2017 nur rund 3 Milliarden Euro in ihre Infrastruktur investieren, also etwa 170 Euro je Einwohner. Hilfsprogramme wie die Kommunalinvestitionsförderungsgesetze oder das Landesprogramm „Gute Schule 2020“ – für die sich Clausen ausdrücklich bedankte – dürften nicht nur kurzfristig angelegt sein.

Auch die Kassenlage der Städte sei trotz eines Überschusses von 2 Milliarden Euro in den NRW-Kommunen im Jahr 2017 problematisch, denn nicht alle Städte profitierten gleichermaßen von diesem Ergebnis. So sind 64 Kommunen auch weiterhin im Stärkungspakt und viele städtische Haushalte hätten aufgrund steigender Soziallasten kaum noch Spielräume. In einem Jahr des Wirtschaftsbooms wie 2017 sind die regulären Sozialausgaben der Kommunen in Nordrhein-Westfalen um 500 Millionen Euro gestiegen, wobei die asylbedingten Kosten noch nicht einmal berücksichtigt seien. Das träfe insbesondere größere Städte, in denen sich soziale Herausforderungen sammelten.

Clausen betonte, dass der kommunale Finanzausgleich die entscheidende Stellschraube für die Verteilung von Finanzmitteln an die Kommunen sei. Im laufenden Jahr betrage das Gesamtvolumen 11,7 Milliarden Euro. Das sei ein Rekordwert, der dank guter Steuereinnahmen erreicht wurde. Diese Entwicklung helfe den kommunalen Haushalten erheblich und verschaffe ihnen Luft. Auch die vollständige Abschaffung des Kommunalsoli und der schrittweise Verzicht auf den Vorwegabzug im Gemeindefinanzierungsgesetz seien gute und richtige Schritte des Landes. Clausen warnte aber davor, die Sozialkomponente bei der Verteilung der Landesmittel für die Kommunen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz geringer zu gewichten. Denn dies würde vor allem die strukturschwachen Städte treffen, die besonders hohe Sozialausgaben schultern müssen, und damit vielerorts die erfolgreiche Umsetzung des Stärkungspakts Stadtfinanzen gefährden. Der Erfolg jahrelanger Konsolidierungsbemühungen und die Entwicklungsmöglichkeiten großer Städte mit hunderten von Einwohnern stünde somit auf dem Spiel.

Clausen wies darauf hin, dass immer mehr Menschen in die Städte ziehen. Das zeige, dass das Leben in der Stadt heute attraktiv ist. Dort würden Dinge geboten, die es anderswo nicht gebe. Für die Städte bedeute das zunächst, dass sie sich um den Ausbau und die Anpassung der Infrastrukturangebote kümmern müssen – von der Kita bis zur Altenpflege. Allerdings dürfe dabei aber nicht die Entwicklung der Stadtgesellschaften ins Hintertreffen geraten. Ausgrenzungen müssten vermieden und Teilhabe

für alle ermöglicht werden. Dabei gehe es nicht nur um die Integration der neu Zugewanderten, sondern auch darum, den Zusammenhalt in der Stadt und in den Quartieren zu erhalten. Clausen rief dazu auf, die unterschiedlichen Bedarfe der sich verändernden Bevölkerung in den Städten nicht gegeneinander auszuspielen. Vielmehr sei es geboten, dass die Kosten der Integration von Flüchtlingen so vollständig wie möglich von Landes- und Bundesseite erstattet würden“, so der Städtetagsvorsitzende.

Der Städtetag NRW erkenne an, dass die neue Landesregierung 100 Millionen Euro im Jahr 2018 aus der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen weitergeleitet hat. Perspektivisch will das Land die Bundesmittel von 434 Millionen Euro jährlich vollständig an die Kommunen weitergeben. Das Land sollte auch die Finanzierung für geduldete Menschen länger als bisher übernehmen, mahnte Clausen. Die Städte erwarteten, dass sie einen Kostenausgleich nicht nur für drei Monate erhalten, sondern für den gesamten Zeitraum, solange die Geduldeten weiter in den Städten leben und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Zum Stichtag 30. April 2018 lebten in Nordrhein-Westfalen rund 53.000 Menschen mit einer Duldung. Die von den Kommunen getragenen Kosten dafür belaufen sich auf schätzungsweise über 500 Millionen Euro jährlich.

Rede von Geschäftsführer Helmut Dedy, Städtetag NRW



Helmut Dedy, Geschäftsführer Städtetag NRW

In seiner Rede setze Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetags NRW, den Fokus auf das Trendthema Digitalisierung. Er verdeutlichte, dass die Städte bei diesem Modernisierungsprozess in allen ihren verschiedenen Tätigkeitsbereichen gefordert sind. Konkret sei zu klären, welche Dienstleistungen die Kommunen digital anbieten könnten. Es gehe aber auch um die Frage, wie die Digitalisierung das Leben in den Städten allgemein verändere.

Der Umgang mit Daten in den Städten wird Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft haben, betonte Dedy. Das betreffe etwa Stadtentwicklungs- und Beteiligungsprozesse, die auf eine viel feinere Datengrundlage gestellt

würden. Weil jede Stadt individuelle Anforderungen habe, dürfe es nicht die eine einheitliche Schablone für Digitalisierung in NRW-Kommunen geben. Wichtig sei: Bei aller technologischen Weiterentwicklung müsse der Mensch als Individuum im Mittelpunkt stehen.

Dedy versicherte, dass die Kommunen ihre Dienstleistungsangebote weiterentwickeln, die Effizienz der Verwaltungsprozesse steigern und die Stadtentwicklung mit den vorhandenen Daten besser steuern würden. Er forderte außerdem eine „Qualifizierungsoffensive“ in Nordrhein-Westfalen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen müssten „digitalisierungsfit“ gemacht werden. Verzweifeln müsse an der Herausforderung Digitalisierung keine Kommune, denn Modernisierungs- und Veränderungsprozesse hätten Städte von jeher erfolgreich gestaltet,

Pressekonferenz

Auf einer Pressekonferenz nach dem ersten Teil der Mitgliederversammlung betonte der neu gewählte Vorsitzende des Städtetages NRW, Thomas Hunsteger-Petermann, dass die Zukunftschancen von Kindern nicht vom Wohnort abhängen dürfen. Um gleichwertige Lebensverhältnisse im urbansten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen, müsste deshalb der Schuldenabbau in besonders belasteten Städten angegangen werden.

Mit Blick auf die Verkehrsinfrastruktur begrüßten die Oberbürgermeister Clausen und Hunsteger-Petermann die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Erhöhung des GVFG-Bundesprogrammes zur Finanzierung großer ÖPNV-Projekte. Allerdings sei eine entsprechende Erhöhung der NRW-Landesmittel nur konsequent, um auch in der Fläche eine Verbesserung der Umstiegsmöglichkeiten von PKW auf öffentlichen Nahverkehr zu verbessern. Im Themenkomplex Verkehr warf Städtetag-NRW-Geschäftsführer Helmut Dedy einen Blick auf die drohenden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Innenstädten. Er erwarte, dass Gerichte Landesbehörden zu entsprechenden Maßnahmen verurteilen werden, wenn nicht vorher ein umfassendes Software- und Hardwareupdate auf Kosten der Automobilhersteller erfolge. Da die Autoproduzenten ihrer Verantwortung bisher nicht nachkommen mussten, stünden die Städte mit dem Problem der Luftbelastung allein da.

Kommunale Altschulden

Weiterhin erklärte Oberbürgermeister Hunsteger-Petermann auf der Pressekonferenz, dass die von hohen Altschulden belasteten NRW-Städte allein dazu nicht in der Lage seien, ihre Schuldenlast auf ein akzeptables Maß zurückzuführen. Die Städte im urbansten Flächenland der Bundesrepublik hätten deshalb große Erwartungen an die geplante Kommission „Gleichwertig-

ge Lebensverhältnisse“ der Bundesregierung. Denn die von hohen Altschulden belasteten NRW-Städte seien auf Hilfen von Land und Bund angewiesen. Allein würden sie ihre Schuldenlast nicht auf ein akzeptables Maß zurückführen können, so Hunsteger-Petermann. Er rief deshalb Bund und Länder dazu auf, Gespräche über Entschuldungsprogramme und Konsolidierungshilfen zu führen.

Trotz der guten Wirtschaftslage und höheren Steuereinnahmen bleibe die Summe der Kassenkredite der NRW-Kommunen mit aktuell rund 23,5 Milliarden Euro besorgniserregend hoch und liege bei mehr als der Hälfte der Kassenkredite bundesweit. Weder die derzeit gute Konjunktur noch der Stärkungspakt in seiner jetzigen Form genügen, das Altschuldenproblem zu lösen. Die Pro-Kopf-Verschuldung bei den kurzfristigen Kassenkrediten ist mit 1.852 Euro je Einwohner in größeren NRW-Städten erdrückend, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt von 597 Euro je Einwohner, erläuterte Hunsteger-Petermann.

Niemand wisse, wann und wie schnell die Zinsen wieder steigen. Schon ein leichter Anstieg des Zinsniveaus würde die Haushalte der Städte zusätzlich mit einem dreistelligen Millionenbetrag belasten. Zum einen müssten die Kassenkreditbestände deutlich reduziert werden können. Zum anderen müsse die tickende Zinsbombe entschärft werden, indem Kassenkredite mit Hilfe des Landes in längerfristige Darlehen umgewandelt werden.

Es dürfe nicht sein, dass die Zukunftschancen unserer Kinder vom Wohnort abhingen, so der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen. Die strukturschwachen Städte müssten wieder handlungsfähiger werden. Der Schuldenabbau in besonders belasteten Städten wäre ein echter Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

Kinderbetreuung

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen forderte das Land auf, das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) grundlegend zu überarbeiten – eine Novelle sei unabdingbar. Die Bildungs- und Teilhabechancen benachteiligter Kinder hängen von einer guten frühen Förderung ab, die Finanzierung des bisherigen KiBiz sei jedoch lückenhaft und ungerecht.

So haben sich die Aufwendungen für den Kitabetrieb vor allem durch höhere Personalkosten deutlich erhöht, ohne dass die Landeszuweisungen das abdecken. Nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von Land und Bund in den kommenden Jahren könnten die Kinderbetreuungsangebote ausgebaut und deren Qualität verbessert werden. Außerdem müsse das Land mehr Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher an den Fachschulen schaffen. Denn der Fachkräfteman-

gel sei erheblich: In Nordrhein-Westfalen werden zwar jährlich 24.000 neue Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet. Der Bedarf liegt aber bei über 30.000 pro Jahr. Eine Entlastung könnte beispielsweise dadurch erreicht werden, dass niederländische Erzieherinnen und Erzieher unbürokratisch im Land arbeiten dürfen und ihre Abschlüsse hierzulande anerkannt würden.

Nachmittagsbetreuung an Grundschulen

Der im Koalitionsvertrag des Bundes formulierte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern sollte an den Schulen umgesetzt werden, sagte Hunsteger-Petermann. Nachmittagsbetreuung und pädagogische Förderung gehörten in eine Hand, und zwar an den Schulen. Denn Ganztagsstrukturen an Grundschulen böten Kindern gleiche und gute Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft. Weil der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ganz klar ein Bildungsauftrag ist, sollte er auf Landesebene im Schulgesetz verankert werden, worauf der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck hinwies. Die Pläne der Koalition im Bund, den Anspruch bei den Kommunen und im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) anzusiedeln, gehen in die falsche Richtung. Die Kommunen seien bereit, diese Aufgabe als Schulträger mit anzugehen. Dafür müssten aber auch notwendige Investitionen in die Gebäude vom Land gefördert werden.

Streitgespräch

Im zweiten Teil der Mitgliederversammlung trafen in einem Streitgespräch Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, und Eva-Maria Voigt-Küppers, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, aufeinander. In der vom Hörfunkjournalisten Wolfgang Meyer moderierten Diskussion ging es um die Frage, wie mehr Kita-Plätze, mehr Schulkinderbetreuung und eine gleichzeitig höhere Qualität der Angebote gelingen können. Stamp versprach in diesem Rahmen, den Kommunen eine ausreichende Übergangsförderung bis zur Neuordnung des KiBiz, die derzeit erst für das Kindergartenjahr 2020/21 vorgesehen ist, bereitzustellen. Konkrete Zahlen wollte er dazu allerdings noch nicht benennen. In der Diskussion um gleichzeitige Erhöhung der Kita-Plätze und der Betreuungsqualität rief Eva-Maria Voigt-Küppers den Familienminister dazu auf, beides nicht gegeneinander auszuspielen. Das Land müsse die Fragen der Qualität bei der Personalbemessung berücksichtigen.

Schlusswort

In seinem Schlusswort betonte Thomas Hunsteger-Petermann, wie wichtig es für die Städte in Nordrhein-Westfalen sei, zentrale Zukunftsfragen gemeinsam zu

lösen. Zum thematischen Schwerpunkt Kinderbetreuung fügte er an, dass entscheidend sei, was aus der Perspektive der Kinder die beste Betreuung sei. Ziel der Bemühungen müsse sein, ein durchgehendes Betreuungsangebot, das mindestens von der U3-Stufe bis zum Abschluss der Sekundarstufe I reiche, bereitzustellen. Nur so sei es möglich, allen Kindern die gleichen Chancen zur Entwicklung und Bildung mitzugeben. Die verschiedenen Betreuungssysteme u. a. in Kindertagesstätten und Grundschulen müssten dazu besser ineinandergreifen.

Er rief die Delegierten zum Abschluss seiner Ausführungen dazu auf, diese und die weiteren Schwerpunkte und Meinungen zum Wohl der Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner in die politischen Diskussionen zu tragen – gemeinsam als Städtetag Nordrhein-

Westfalen. Der Vorsitzende dankte abschließend allen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und den Gastgebern der Stadt Bielefeld.



Vorstand des Städtetages NRW
www.staedtetag-nrw.de/wir/vorstand



Veranstaltungsseite zur Mitgliederversammlung
<http://www.staedtetag-nrw.de/wir/versammlungen>



Video Liebeserklärung an Bielefeld auf YouTube:
www.youtube.com/watch?v=MKIikJS09ww

Ministerpräsident Armin Laschet: Rede bei der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW

Heimat in Stadt und Land

Mit dem Beginn der NRW-Koalition haben wir das Thema „Kommunales“ zum ersten Mal anders organisiert, als das in der Vergangenheit der Fall war. Es war uns wichtig, dass der Innenminister sich ganz auf das Thema „Innere Sicherheit“ konzentrieren kann. Kommunales darf aber nicht einfach nebenher laufen. Deswegen ist Kommunales nun gemeinsam mit dem Thema Heimat in einem eigenen Ministerium verankert, mit einer Ministerin, die dadurch viel mehr Kapazitäten hat, mit Akteuren vor Ort im Gespräch ist und Lösungen in die Landesebene hineinbringt. Und mir ist vor allem wichtig zu sagen: Heimat heißt nicht nur ländlicher Raum Heimat heißt auch urbanes Leben. Auch da gibt es das Bedürfnis, Heimat zu finden und Heimat zu erhalten.

Nordrhein-Westfalen zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass es beides hat. Neun Millionen Menschen werden im Nordrhein-Westfälischen Städtetag repräsentiert, aber die andere Hälfte der Menschen in Nordrhein-Westfalen lebt im ländlichen Raum. Die Verknüpfungen zwischen ländlichem Raum und Städten sind bei uns viel enger als in anderen Ländern. Eine Politik, die es beispielsweise ermöglicht, auch Arbeit im ländlichen Raum zu finden, löst viele Probleme der Mobilität und der Wohnungsnot. Dies ausgeglichen hinzubekommen, ist eine Aufgabe, der sich das Ministerium für Heimat und Kommunales widmet.

Innere Sicherheit

Das Thema Sicherheit liegt den Menschen am Herzen, gleichermaßen in den Städten wie im ländlichen Raum.



Rede von Ministerpräsident Armin Laschet

Mein Eindruck ist, dass es in den Städten vielleicht etwas intensiver ist. Aufgabe der Landesregierung ist es, für Sicherheit zu sorgen. Die Menschen müssen sich aber auch sicher fühlen. Die hohen Stimmenergebnisse der rechtspopulistischen Partei wurden nicht vermeintlich in den konservativen geprägten Gegenden des Landes erreicht, sondern insbesondere in den Städten. Deshalb müssen da Kommunalpolitik und Landespolitik ansetzen. Parteiübergreifend Einigkeit besteht in der Frage des Personals. Wir brauchen mehr Polizeibeamte, mehr Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter. Wir gehen jetzt in diesem Jahr an die maximale Grenze dessen, was das Land ausbilden kann: 2.300 Anwärtinnen und Anwärter haben wir vor wenigen Tagen in der Lanxess Arena in Köln vereidigt. Das ist ein guter Weg, aber das allein reicht noch nicht. Die Polizei muss auch mehr Befugnisse bekommen, um effektiv handeln zu können.

Hier haben wir bereits ein erstes Sicherheitspaket auf den Weg gebracht, mit dem wir insbesondere eine Reihe

von neuen Befugnissen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, aber auch der organisierten Kriminalität schaffen. Hinzu kommt die bestmögliche Ausstattung für die Einsatzkräfte. Wir investieren in Fahrzeuge, Schutzwesten und schusssichere Helme. Hier sind die Mittel deutlich erhöht worden. Wenn es in der bewährten Ordnungspartnerschaft mit den Städten gelingt – wir haben in Nordrhein-Westfalen ein unverzichtbares Netzwerk für öffentliche Sicherheit mit 890 Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und den jeweiligen Städten – das Grundvertrauen in die staatlichen Institutionen zu sichern, dann können wir auch den Charakter Nordrhein-Westfalens als weltoffenes, vielfältiges Land erhalten.

Digitalisierung

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Digitalisierung. Auch das haben wir in Nordrhein-Westfalen in einem Ministerium gebündelt. Auf Bundesebene beschäftigen sich mehrere Ministerien mit Digitalisierung, dazu gibt es noch eine Staatsministerin im Kanzleramt. Wer aber nun wirklich am Ende dieses Themas koordiniert, ist auf Bundesebene nicht ganz sichtbar. In Nordrhein-Westfalen haben wir jetzt mit dem neuen Digitalisierungsminister Prof. Pinkwart eine klare Zuständigkeit. Das macht es auch für die Städte leichter. Wir wollen technologisch vorne sein und wir wollen – ganz gleich, ob auf dem Land oder in den Städten – auf Modernisierung setzen.

Digitalisierung klingt meistens positiv, wenn Experten darüber reden. Aber sie ist auch eine Herausforderung insbesondere für Unternehmen und Menschen, manche fühlen sich sogar überfordert – deswegen müssen wir die digitalen Kompetenzen fördern. Autonomes Fahren etwa klingt hip, wenn wir es an der RWTH diskutieren – ein Taxi- oder Busfahrer wird das anders sehen, wenn demnächst keine Menschen mehr nötig sind, um Fahrzeuge zu bewegen. Deshalb ist immer ein Spagat erforderlich: einerseits müssen wir in neue Entwicklungen investieren und als Land Nordrhein-Westfalen vorne dabei sein. Andererseits müssen wir gleichzeitig den Menschen Sorgen nehmen und ihnen neue Perspektiven zeigen. Diese gesellschaftliche Dimension ist auch für mich persönlich von besonderer Bedeutung. Und wir setzen uns ein, diesen Spagat zu schaffen, sodass die Menschen und die Unternehmen keine Angst vor der Digitalisierung haben müssen.

Damit der digitale Wandel gelingt, müssen auch wir als Landesregierung unseren Beitrag leisten, beispielsweise durch die Digitalisierung unserer Verwaltung. Am Ende sollen Bürgerinnen und Bürger nur noch einen einzigen Verwaltungsgang machen müssen, ohne sich an viele verschiedene Institutionen zu wenden. Dahin zu kommen, ist kompliziert, auch angesichts unserer unterschiedlichen föderalen Zuständigkeiten und der Gesetze die es jeweils gibt. Wie das konkret aussehen kann, können wir bald in fünf digitalen Modellregionen erleben.

Ostwestfalen-Lippe wird die erste sein – hier sind wir schon sehr weit beim Thema Digitalisierung. Dort gibt es in Kürze digitale Antragsverfahren.

Bis 2020 soll in allen Modellkommunen der Region ein digitales Gewerbeamt als „single point of contact“, als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen, eingerichtet sein. Das ist auch verabredet mit den Industrie- und Handelskammern. Die Modellkommunen sind digitale Treiber, um im digitalen Wandel Schritt halten zu können. So können interessierte Kommunen dann die Erfahrungen der Modellkommunen für eigene Projekte nutzen und sich an den entstehenden Netzwerken beteiligen oder eigene regionale Netzwerke schaffen.

Zur Digitalisierung gehören stabile und leistungsfähige Breitbandverbindungen unbedingt dazu. Auch in den Städten ist das bislang nicht optimal, aber im ländlichen Raum ist es ein echtes Wettbewerbshindernis. Deshalb setzen wir die Priorität auf Gewerbegebiete, auf Schulen und andere öffentliche Einrichtungen. Ganz besonders die Schulen sollen bis zum Ende der Legislaturperiode mit zukunftsfähigen Glasfaseranschlüssen angebunden sein. Und in den fünf Bezirksregierungen richtet das Land Geschäftsstellen „Gigabit NRW“ ein, die die Städte und Kreise beim Ausbau eines flächendeckenden Gigabitnetzes begleiten. Sieben Milliarden Euro sollen bis 2025 bereitstehen, aus europäischen Mitteln, aus Bundesmitteln und aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen.

Kinderbetreuung

Ein weiteres Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist etwa eine qualitative und quantitative Sicherstellung der Kinderbetreuung. Wir haben unmittelbar nach Regierungsübernahme ein Kita-Rettungspaket mit 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir brauchen aber auch in dieser Wahlperiode noch eine Reform der Finanzierung des Kinderbildungsgesetzes, das auf Dauer sicherstellt, dass wir eine qualitative und quantitativ gute Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen haben.

Auch die weitere Integration von Flüchtlingen ist wichtig, außerdem die Schaffung von Wohnraum, die Luftreinhaltung und der Umgang mit extremen Niederschlägen und Temperaturen, wie wir es in diesem Sommer, etwa in Wuppertal schon erlebt haben. Bei der Bewältigung dieser und vieler anderer Herausforderungen kommt den großen Städten ebenso wie den Städten und Gemeinden im ländlichen Raum eine wichtige Rolle zu. Die Landesregierung wird ihren Teil dazu beitragen und sie nicht alleine lassen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Städte, Gemeinden und Kreise unseres Landes ihre vielfältigen Aufgaben auch tatsächlich erfolgreich bewältigen können.

Strukturwandel nach Ende des Kohleabbaus/ Ruhrkonferenz

Das Jahr 2018 ein ganz besonderes: Nach 200 Jahren Industriegeschichte werden am 21. Dezember die letzten beiden Zechen – Prosper Haniel in Bottrop und das Bergwerk Ibbenbüren – schließen. Das ist eine historische Zäsur für das Ruhrgebiet und für Nordrhein-Westfalen, sogar für Deutschland und Europa. Die mit-schwingende Nostalgie ist berechtigt, aber wir müssen auch den nächsten Schritt denken, und das tun wir auch. Wir müssen zusätzliche Initiativen ergreifen und das große Potenzial, das in der Region und ihren Städten und Gemeinden da ist, entfalten. Die Landesregierung wird die Region dabei mit einer Ruhr-Konferenz unterstützen. Vor 30 Jahren gab es schon mal eine Konferenz, mit Helmut Kohl und Johannes Rau, in einer Krisensituation in Duisburg Rheinhausen. Hier wurde zum Beispiel die ICE-Strecke von Köln nach Frankfurt begründet. Das war natürlich eine Maßnahme, die nicht nur dem Ruhrgebiet, sondern dem ganzen Land geholfen hat. Und deshalb werde ich dafür, zu erkennen, dass die Ruhr-Konferenz jetzt nicht nur dem Ruhrgebiet nutzt, sondern auch dem Münsterland, Südwestfalen, dem ganzen Land. Die Ruhr-Konferenz wird keine Krisenkonferenz sein wie damals, sondern eine Konferenz der Chancen und der Zukunft für eine Städtemetropolregion mitten in unserem Land, die unsere besondere Hilfe und Unterstützung braucht. Ja, es wird auch einen Teil der Konferenz geben, bei dem man zusammensitzt und über Geld spricht.

Einen solchen Teil wird es auch geben müssen, um klare Zusagen von Bund und Ländern zu bekommen. Aber ich möchte nicht, dass es eine Konferenz an nur einem Tag gibt, ein paar schöne Fernsichtsbilder davon, Zusagen über Milliarden und danach ist der Prozess zu Ende. Es ist eine Frage, wie wir mit vereinten Kräften und in gemeinsamer Verantwortung die Zukunft des Ruhrgebiets gestalten. Wie können wir beispielsweise eine neue Innovationskultur gestalten? So wie es beim Strukturwandel in der Aachener Region gelungen ist, wo aus einer Bergbauregion neue Arbeitsplätze, neue Innovationen wie der Streetscooter oder anderes entstanden sind, so müssen wir das auch im Ruhrgebiet anpacken. Wir werden in einem längeren Prozess mit dem Initiativkreis Ruhr, mit den Oberbürgermeistern der Region, auch mit dem RVR, mit den Vertretern aus der Gesellschaft und natürlich mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen Ideen entwickeln. Die Region und ihre Kommunen können gemeinsam etwas vollbringen, was keine der Städte und Gemeinden einzeln schaffen würde.

Kommunal Finanzen

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. Und die meisten könnten wir nur dann gut meistern, wenn die öffentlichen Haushalte stabil und leistungsfähig sind. Das ist ein entscheidender Punkt und darum will

ich darauf etwas ausführlicher eingehen. Wir haben die Solidaritätsumlage gestrichen in Höhe von 91 Millionen Euro. Wir verringern den Vorwegabzug für die kommunale Beteiligung der Finanzierung der Konsolidierungshilfen bis zum Jahre 2020 schrittweise von bislang 185 auf 154 Millionen Euro und dann von 124 und 94 Millionen Euro im Jahr 2020. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten die Kommunen 11,7 Milliarden Euro vom Land. Das ist die höchste Finanzausgleichssumme, die es je gab. Das ist hier ein Plus von rund 1,06 Milliarden, also rund zehn Prozent gegenüber 2017. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz leiten wir den Anteil des Landes an der sogenannten Umsatzsteuermilliarde des Bundes bereits jetzt voll an die Kommunen weiter, obwohl der Bund ihn erst 2018 zahlen wird. Und mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz stärken wir zugleich die Investitionsfähigkeit der Kommunen, wir erhöhen die Schul- und Bildungspauschale auf rund 609 Millionen Euro, die Sportpauschale auf rund 53 Millionen Euro – das ist übrigens die erste Erhöhung seit 2009 bei diesen Pauschalen, die das Land hier gewährt. Und aus dem Programm „Gute Schule 2020“ und dem Zweiten Kommunalen Investitionsförderungsgesetz des Bundes erhalten die Kommunen zusätzlich weitere 3,1 Milliarden Euro aus Landes- und Bundesmitteln. Beim Unterhaltsvorschuss haben wir die bislang aus meiner Sicht völlig ungleich gewichtete Belastung zwischen Land (20 Prozent) und Kommunen (80 Prozent), beseitigt und hier den Landesanteil jetzt hälftig angesetzt.

Die Integrationspauschale habe ich bereits erwähnt, hier leiten wir 100 Millionen Euro des Bundes an die Kommunen weiter. Und vielleicht nicht eine riesige Summe, aber absolut ein politisches Bekenntnis, sind die Planungen der Kultur- und Wissenschaftsministerin bezüglich der kommunalen Orchester und Theater: 30 Millionen Euro bis 2022. Davon 20 Millionen als Basisförderung zusätzlich zu dem was bisher geleistet wird – das ist ein Signal, dass Kultur auch in den Kommunen gelebt wird. Das ist in kommunalen Haushaltsberatungen – ich war selbst mal im Stadtrat Mitglied eines Kulturausschusses – immer diese berühmte freiwillige Leistung, die schnell zur Disposition stehen kann. Aber die wertvolle Kultur- und Orchesterlandschaft, die wir in Nordrhein-Westfalen haben und die keine Staatsleistung ist, sondern sehr häufig eine kommunale Orchesterleistung, die wollen wir auch als Land unterstützen.

Kommunaler Finanzausgleich

Die Zukunft des finanziellen Finanzausgleichs wird uns die nächsten Jahre weiter beschäftigen. Unser Ziel muss es sein, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise dauerhaft zu erhalten. Wir haben uns vorgenommen, uns ab dem Jahre 2020 wieder mit „echten“ 23 Prozent an den Gemeinschaftssteuern über den jährlichen Kommunalfinanzausgleich zu beteiligen. Deshalb wollen wir in enger Abstimmung mit den kom-

munalen Spitzenverbänden den kommunalen Finanzausgleich für die Zukunft rechtssicher, transparent und verlässlich ausgestalten.

Seit August des vergangenen Jahres liegt das sogenannte Sofia- Gutachten (Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse an der Hochschule Darmstadt) vor. Ich weiß, dass das bei den kommunalen Spitzenverbänden mit viel Skepsis gelesen wird, aber ich bin dankbar, Ihnen und auch den Schwesterverbänden, dass Sie sich engagiert an der Auswertung der Diskussion der Gutachtenergebnisse mit dem Kommunalministerium und dem Ministerium der Finanzen beteiligen. Die Gespräche sind weitgehend abgeschlossen und haben trotz einiger durchaus unterschiedlicher Auffassungen wichtige Hinweise und Lösungsansätze ergeben.

Kassenkredite der Kommunen

Und dann gibt es das große Thema der hohen Schuldenlast, das die Kommunen in besonderer Weise

bedrückt. Allein die Höhe der Liquiditätskredite belief sich zum auf landesweit 26,92 Milliarden Euro. Das sind rund 1.500 Euro pro Einwohner, nur Rheinland-Pfalz und Saarland sind in einer ähnlichen Situation. Und es geht ja nicht allein um die Höhe der Liquiditätskredite: Uns muss bewusst sein, dass wir zurzeit noch von den niedrigen Zinssätzen auf dem Kreditmarkt profitieren. Das Risiko steigender Zinsen ist aber sehr hoch, denn schon ein Zinsanstieg um einen Prozentpunkt würde die Ausgabenlast der Kommunen aktuell von 200 bis 270 Millionen Euro erhöhen. Wir werden das Problem angehen, indem wir den Stärkungspakt zu einer verlässlichen und nachhaltig wirkenden kommunalen Kredithilfe fortentwickeln. Klar ist auch, dass das eine Mischung aus Maßnahmen sein muss, die den betroffenen Kommunen helfen, ihre Altschulden abzubauen, die aber gleichzeitig auch sicherstellen, dass danach nicht wieder neue Schulden aufgenommen werden. Klar ist, dass wir die Altschuldenproblematik nur gemeinsam in den Griff bekommen können. Das ist der entscheidende Aspekt.

Pit Clausen: Gleichwertige Lebensbedingungen schaffen im Schulterschluss mit dem Land

„Nordrhein-Westfalen – Land der Städte“ Kein anderes Flächenland in der Bundesrepublik ist so geprägt von seinen Städten, von dem urbanen Charakter der Siedlungsräume wie unser Nordrhein-Westfalen. Im Grunde bilden wir den größten Stadtstaat in Deutschland, größer als Berlin und wichtiger als Hamburg.

NRW-Städte agieren gemeinsam

Nun gibt es in der kommunalen Familie Nordrhein-Westfalens auch Konkurrenzen zwischen Altbier und Kölsch oder Borussia und Schalke. Aber jenseits dieser Konkurrenzen haben wir es geschafft, die Gemeinsamkeiten und das Verbindende in den Mittelpunkt zu rücken. Wir stehen in den Städten vor vielen vergleichbaren Herausforderungen, die wir nur bestehen, wenn wir zusammenhalten und uns zusamm tun. Wir können voneinander lernen und wir können mehr bewegen, wenn wir gemeinsam auftreten als wenn jede Stadt für sich versucht, ihre Interessen im Land oder im Bund zu verfolgen.

Faire Finanzierung und individuelle Entwicklungen

Wir verfolgen das Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen zu sichern oder zu schaffen, in allen Städten Nordrhein-Westfalens. Das geht nur im Schulterschluss mit dem Land. Wir bieten dem Land unsere Umsetzungs kompetenz vor Ort an. Wir wissen, wo vor Ort der Schuh drückt und wir können die Herausforderungen von der Altenpfle-



Rede von Oberbürgermeister Pit Clausen

ge bis zur Zuwanderung bewältigen. Aber wir brauchen dabei die Unterstützung des Landes und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen müssen finanzielle Lasten fair verteilt sein. Ohne Moos geht nix los. Und wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen. Zum anderen: Lasst den Kommunen die Freiheit für individuelle Entwicklungen. Was für Dortmund gut ist, muss in Köln nicht passen. Wir brauchen mehr Vertrauen in die kommunale Kompetenz und weniger zentrale Qualitätsstandards.

Städtische Entwicklungen verlaufen unterschiedlich. Die Entwicklung der Städte in Nordrhein-Westfalen ist nicht einheitlich. Es gibt Städte mit wachsender Einwohnerzahl und welche mit schrumpfender Einwohnerzahl; welche mit Haushaltsüberschüssen und welche mit

erheblichen Defiziten; welche mit freiem und preiswerten Wohnraum und welche mit Wohnraummangel und fast explodierenden Grundstückspreisen. Weil die Ausgangslagen und Entwicklungen in den Städten unterschiedlich sind, brauchen wir auch differenzierte gezielte Unterstützungsmaßnahmen von Land und Bund, die der jeweiligen Stadt in ihrer besonderen Lage helfen.

Bundeshilfen bei Strukturproblemen

Es ist gut, dass auf Bundesebene eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ diese Themen aufnehmen. Wir erwarten, dass sie Unterstützungsvorschläge entwickeln, die noch in dieser Legislatur greifen können. Wir können uns vorstellen, dass eine Weiterentwicklung der im Grundgesetz vorgesehenen Institute der „Gemeinschaftsaufgaben“ ein Weg ist. Daneben sollten Fördertöpfe und Modellprojekte zur Städtebauförderung im weiten Sinne aktiviert werden. Und wir brauchen absehbar eine ehrliche und transparente Diskussion darüber, was der Schwerpunkt von Förderung sein kann. Hilfe statt Gießkanne, Bedarf statt Himmelsrichtung sollten hier die Parameter sein.

Infrastrukturdefizit und Soforthilfen

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen konnten im Jahr 2017 rund 3 Milliarden Euro in ihre Infrastruktur investieren, das sind rund 170 Euro pro Einwohner. Es ist offensichtlich, dass das nicht reicht. Wir fahren die kommunale Infrastruktur nicht auf einem platten Reifen, sondern schon längst auf Felge. Bund und Land haben in den vergangenen Legislaturperioden den kommunalen Hilfebedarf erkannt und Hilfsprogramme aufgelegt. Ich nenne das Kommunalförderungsgesetz 1 und 2 und das Landesprogramm „Gute Schule 2020“. Das sind wichtige und gute Hilfen. Danke dafür! Sie dürfen aber nicht nur vorübergehender Natur sein oder gar in Abhängigkeit der Haushaltslage von Bund oder Land aufgelegt werden. Wir können unsere Planungs- und Umsetzungskapazitäten nicht beliebig hoch- und runterfahren. Wir brauchen keine kurzfristigen „Blitz-Förderungen“, sondern eine dauerhafte und verlässliche Stärkung unserer Investitionskraft. Nur damit können wir den Verfall der kommunalen Infrastruktur aufhalten.

Verkehrsinfrastruktur

Einen besonderen Blick verdient die Verkehrsinfrastruktur. Hier mühen sich alle staatlichen Ebenen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde auch Dank des Einflusses Nordrhein-Westfalens endlich eine deutliche Erhöhung des GVFG-Bundesprogrammes zur Finanzierung großer ÖPNV Projekte vereinbart. Konsequenter wäre eine entsprechende Erhöhung auch der NRW-Landesmittel. Denn wir brauchen nicht nur die großen Projekte, sondern in

der Fläche eine Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten von PKW auf die Träger des Umweltverbundes. Es geht darum, den Verkehrskollaps zu vermeiden, Wirtschaftsmobilität zu sichern und Umwelt- oder Gesundheitsbeeinträchtigungen entgegen zu wirken. Für diese Herausforderungen brauchen wir auch keine unausgegorenen Blitzsfortprogramme. Wir brauchen vielmehr mittelfristige Orientierung und Planungssicherheit.

Drohende Fahrverbote

Und nur ein Wort zu den drohenden Fahrverboten: Es ist ja schön, wenn keine Landesbehörde ein solches verhängen wird. Wir gehen aber davon aus, dass die Gerichte die Landesbehörden entsprechend verurteilen werden, wenn nicht vorher ein umfassendes Soft- und Hardwareupdate auf Kosten der Automobilhersteller erfolgt, wonach es bisher nicht aussieht. Und dann haben wir nicht nur die Bürger vor dem Rathaus, sondern ohne blaue Plakette auch kaum Chancen, das Recht durchzusetzen. Hier fühle ich mich von der „Beruhigungsallianz der Automobilindustrieschoner“ schon ziemlich allein gelassen. Und das ist nicht gut so.

Kassenlage der Städte

Im vergangenen Jahr haben die NRW-Kommunen einen Überschuss von 2 Milliarden Euro erwirtschaftet. Statistisch ein Superergebnis und insbesondere Ausdruck dafür, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gut läuft. Sie ist der Motor für das Land. Ohne dessen Kraft ginge hier wenig. Das müssen wir bei Debatten über Raumentwicklung genauso bedenken wie bei Debatten über die Breitbandversorgung, um hier nur zwei Aspekte aufzurufen.

Aber zurück zu dem Überschuss. Das Problem an den schönen 2 Milliarden Euro ist, dass nicht alle in gleichem Umfang daran teilhaben. Es sind weiter 64 Kommunen im Stärkungspakt. Und auch darüber hinaus geht mancher städtische Haushalt bei den steigenden Soziallasten in die Knie. Die Soziallasten sind in einem Jahr des Wirtschaftsbooms um 3 Prozent, also um 500 Millionen Euro gestiegen; den Asylbereich habe ich dabei nicht berücksichtigt. Und das trifft insbesondere die größeren Städte. Denn dort sammeln sich die sozialen Problemlagen.

Gemeindefinanzierungsgesetz

Der kommunale Finanzausgleich ist heute die entscheidende Stellschraube für die Verteilung von finanziellen Mitteln an die Kommunen. Im laufenden Jahr beträgt das Gesamtvolumen 11,7 Milliarden Euro. Das ist ein Rekordwert. Der Rekord beruht auf der Entwicklung der Steuereinnahmen, letztlich also auf dem Wirtschaftsboom. Diese Entwicklung hat den kommunalen Haushalten erheblich geholfen und Luft verschafft.

Kommunalfreundliche Entscheidungen der neuen Landesregierung haben diesen positiven Effekt verstärkt. Die vollständige Abschaffung des Kommunalsoli und die schrittweise Abschaffung des Vorwegabzugs sind beispielsweise gute und richtige Schritte. Sie zeigen, dass auch in der neuen Landesregierung die kommunalen Interessen gesehen und beachtet werden. Trotzdem haben wir in den Städten Sorgen.

Verteilungsschlüssel nach Gemeindefinanzierungsgesetz

Eine Sorge betrifft die Entwicklung des Verteilungsschlüssels nach dem GFG. Wir sehen die grundsätzliche Konstruktion des bestehenden Verteilsystems durch das Sofia-Gutachten bestätigt. Wir hören mit Sorge, dass die Sozialkomponente bei der Verteilung geringer gewichtet werden soll. Dies würde vor allem die strukturschwachen Städte treffen. Es darf nicht sein, dass durch die Schwächung der Sozialkomponente die erfolgreiche Umsetzung des Stärkungspakts Stadtfinanzen vielerorts gefährdet wird. Der Erfolg jahrelanger Konsolidierungsbemühungen und die Entwicklungsmöglichkeiten großer Städte mit hunderttausenden von Einwohnern steht auf dem Spiel. Das können und werden wir nicht hinnehmen.

Finanzausstattung sichern

Die andere Sorge betrifft die Nachhaltigkeit des jetzt seit sechs Jahren anhaltenden Wirtschaftsbooms. Ein Nachlassen des wirtschaftlichen Erfolgs führt zu weniger Steuereinnahmen und damit einem Absinken des Verbundaufkommens. So sehr wir uns in den letzten drei Jahren jeweils über Rekordhöhen des GFG-Topfes freuen durften, so sehr würde uns ein Schrumpfen dieses Topfes treffen. Unsere Finanzausstattung muss aber gegenüber konjunkturellen Schwankungen gesichert werden. Deshalb empfehlen wir die Verbundquote für die Kommunen von derzeit 23 Prozent perspektivisch (noch in dieser Legislatur) zu erhöhen. Das ist auch fair, denn die Kommunen haben in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übernommen, ohne dass die Verbundquote angepasst wurde.

Entlastung von Sozialausgaben

Und schließlich empfehlen wir eine Entlastung der Kommunen von Soziallasten. Die Strukturursache der jahrzehntelangen Überforderung liegt darin, dass den Kommunen die Verantwortung für Unterkunft und Heizung bedürftiger Menschen zugeordnet wurde. Diese Last überfordert insbesondere große Städte. Die Lösung ist einfach: Der Bund sollte seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) relevant erhöhen. Wir nehmen hin, dass es dann zur Auftragsverwaltung kommt. Hier würde ich mich über eine Unterstützung seitens der Landesregierung freuen.

Urbanisierung

Ein Megatrend unserer Zeit ist die Urbanisierung. Immer mehr Menschen ziehen in die Städte. Das zeigt, dass das Leben in der Stadt heute attraktiv ist. Dort werden Dinge geboten, die es anderswo nicht gibt.

Für die Städte bedeutet das zunächst, dass wir uns um den Ausbau und die Anpassung der Infrastrukturangebote kümmern müssen: von der Kita bis zur Altenpflege.

Wir müssen uns aber genauso um die Entwicklung unserer Stadtgesellschaften kümmern. Wir wollen Ausgrenzungen vermeiden, jeder soll grundsätzlich an allem teilhaben können. Dabei geht es nicht nur um die Integration der neu Zugewanderten, sondern auch darum, den Zusammenhalt in der Stadt und in den Quartieren zu erhalten. Wir müssen darauf achten, die unterschiedlichen Bedarfe in unserer sich verändernden Bevölkerung nicht gegeneinander auszuspielen, nach dem Motto „leider kann ich das Freibad nicht sanieren, ich muss ja die Flüchtlinge bezahlen“.

Kosten der Integration von Flüchtlingen

Deshalb ist es geboten, dass die Kosten der Integration von Flüchtlingen so vollständig wie möglich von Landes- oder Bundeseite erstattet werden.

Dabei erkennen wir an, dass die neue Landesregierung einen Teil der Integrationspauschale des Bundes 2018 in Höhe von 100 Millionen Euro weitergegeben hat. Perspektivisch sollen die Bundesmittel vollständig weitergegeben werden. Dann wird es um rund 430 Millionen Euro jährlich gehen. Das hilft. Und das wird auch Zeit. Aber ich setze das mal ins Verhältnis zu dem, was die Kommunen ausgeben. In Bielefeld geben wir als Stadt etwa 18 Millionen Euro jährlich für Flüchtlinge aus, die wir nicht erstattet bekommen. Bielefeld ist eigentlich immer mit rund 2 Prozent im Nordrhein-Westfalen-Vergleich dabei. Das nehme ich als Indiz, dass in ganz Nordrhein-Westfalen die Kommunen einen Netto-Aufwand von etwa 900 Millionen Euro für die Integration von Flüchtlingen leisten. Das ist zu viel und das ist gefährlich.

Es ist geboten, dass uns auch die Leistungen, die geduldete Flüchtlinge nach dem AsylbLG beziehen, erstattet werden, und es ist geboten, den Städten den Aufwand für das Vorhalten von Reserve-Unterbringungskapazitäten zu erstatten. Wir rechnen damit, dass es wieder zu höheren Zuzugszahlen kommen kann.

Ein Blick in die Nachrichten über die Situation in den Flüchtlingslagern der Türkei oder Lybien zeigt, dass das Problem von der internationalen Gemeinschaft dort nicht menschenwürdig gelöst wird. Die Menschen wer-

den deshalb dort nicht bleiben wollen. Und wir wollen dann besser vorbereitet sein als wir es 2015 waren. Aber dann ist es auch nur fair, wenn das Land diesen Vorsorgeaufwand als erstattungsfähig anerkennt. Das erwarten wir von Ihnen, denn das Land hält ja auch klugerweise selber Reservekapazitäten vor.

Partner für die Landesregierung

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen versteht sich immer auch als Partner für die Landesregierung. Wir bieten unsere kommunale Expertise an, um Ihnen zu helfen, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Unsere Expertise bezieht sich insbesondere darauf, ob und wie fachpolitische Überlegungen tatsächlich vor

Ort umgesetzt werden können. Denn nichts ist ärgerlicher als ein gut gemeintes Gesetz, das den Praxistest nicht besteht.

Nordrhein-Westfalen ist das Land der Städte. Wir wollen dafür eintreten, dass dies ein Versprechen für eine gute Zukunft ist. Für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Herzlichen Dank.



Die vollständige Rede ist zu finden unter:
<http://t1p.de/mv2018-rede-pit-clausen>

Helmut Dedy: Städte und Städtetag gestalten Digitalisierung mit – Land ist ebenfalls gefordert

Digitalisierung politisch gestalten

Digitalisierung ist ein Themenbereich, mit dem wir uns intensiv beschäftigen. Der Begriff ist in aller Munde. Alle sprechen darüber. Wenn Sie jetzt aber mit den Kolleginnen und Kollegen im Rat oder in den Verwaltungen über Digitalisierung sprechen würden, würden sie dann über die gleiche Herausforderung sprechen? Digitalisierung hat viele Facetten. Sie ist, wenn man ein Bild benutzen will, wie ein großer Berg. Wir stehen davor. Er interessiert uns, er fasziniert uns. Er beunruhigt uns aber auch ein klein bisschen. Und wir stehen davor und sagen: Verdammt groß, riesig – kann Politik das überhaupt gestalten?

Ministerpräsident Armin Laschet hat angesprochen, dass auch eine Reihe von ethischen Fragen damit verbunden ist. Die will ich jetzt nicht vertiefen, sondern ich will einfach mal einige pragmatische Ansätze ansprechen, mit denen sich alle in den Räten und Stadtverwaltungen auseinandersetzen. Denn in den Städten müssen wir uns mit Digitalisierung ja auch ganz pragmatisch beschäftigen.

Digitalisierung: Worüber sprechen wir eigentlich?

Da ist das Thema der städtischen Dienstleistungen. In diesem Kontext ist Digitalisierung eigentlich nicht viel mehr als ein Mittel zum Zweck. Welche Leistungen können Städte digital anbieten? Vielleicht alle? Aber auch die Frage: Wollen wir ausschließlich digital arbeiten? Wenn jemand ins Rathaus kommt und sagt, ich brauche dies oder ich möchte das – den schicken wir dann doch nicht weg. Also ausschließlich digital wird es nicht gehen. Wir werden in den Städten immer verschiedene Möglichkeiten anbieten müssen, Leistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erbringen. Und was



Rede von Geschäftsführer Helmut Dedy, Städtetag NRW

interessiert dabei eigentlich die Menschen? Denken Sie an die Aussage, wir sind die digitalste Stadt des Landes. Diese Botschaft interessiert kaum einen. Was deutlich besser ankommt ist: Wir bieten Euch ein Klasse Bürgeramt. Wir bieten Euch städtische Dienstleistungen in hervorragender Weise und das mit digitaler Unterstützung. Das heißt – und das ist mir wichtig – die Ziele stehen im Mittelpunkt. Digitalisierung überführt eigentlich altbekannte Ziele, kommunale Ziele in neue Verfahren. Es hilft und ist wichtig, Digitalisierung in dieser Weise ein wenig pragmatischer zu betrachten und von einer hohen Abstraktionsebene herunterzunehmen.

Qualifizierungsoffensive von Land und Kommunen

Digitalisierung verändert die Strukturen in den kommunalen Verwaltungen. Damit stellt sich die Frage, welche Jobs in den Rathäusern eine Zukunft haben? Es gibt Unkenrufe, die sagen, etwa 50 Prozent der Tätigkeiten im mittleren Dienst in den Kommunen seien ersetzbar durch Technik, durch Maschinen. Stimmt das? Welche

Jobs entstehen neu? Wie werden sich Wertigkeiten verschieben. Ich denke, dass Personalentwicklung zu einem der zentralen Themen im Bereich der Digitalisierung werden wird, das uns in den nächsten Jahren sehr intensiv beschäftigen muss. Genauso wie Fortbildung. Schauen Sie in die Rathäuser. Wir haben im Mitgliedsbereich des Städtetages Nordrhein-Westfalen einen Altersdurchschnitt von 47 Jahren. Da taucht natürlich die Frage auf: Wie versetzen wir analoge Arbeitskräfte in die Lage, ihre Abteilung, ihren Fachbereich digitalisierungsfit zu machen? Wie schaffen wir das eigentlich? In Baden-Württemberg sagt man: Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive von Land und Kommunen. Nur dann sind wir überhaupt in der Lage, diesem Prozess Rechnung zu tragen.

Und ich würde sagen, dass brauchen wir in Nordrhein-Westfalen genauso. Da müssen wir mit der Landesregierung sprechen. Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive für unser Personal, aber natürlich genauso für das Personal in der Landesverwaltung.

Digitalisierung und Stadtgesellschaft

Und dann verändert Digitalisierung auch die Stadtgesellschaft. Welche Daten haben wir in den Städten? Was machen wir eigentlich damit? Stadtentwicklungsprozesse zum Beispiel werden eine ganz neue, eine viel feinere Datengrundlage bekommen. Das wird die Ergebnisse prägen. Das wird auch die Prozesse selbst verändern.

Digitalisierung und Schulen

Wir digitalisieren Schulen. Das ist wichtig. Aber reicht das? Mir ist eigentlich viel wichtiger zu fragen, wie schaffen wir es, unsere Kinder mit der nötigen Internet-Kompetenz auszustatten. Ihnen zu zeigen, dass die Grenze zwischen Fakt und Fake manchmal eine sehr schmale ist. Dieses Thema ist weitaus größer als die Frage, stattdessen wir jetzt Schulen mit iPads oder womit auch immer aus.

Digitalisierung und Mobilität

Digitalisierung wird auch unserer Mobilität prägen. Wir haben das mit den ersten Rufsystemen im ÖPNV schon deutlich spürbar hier in Nordrhein-Westfalen. Und vielleicht prägt es auch das Miteinander von Wohnen und Arbeiten in einer Stadt. Vielleicht kann es das Verhältnis neu ausrichten. Das sind alles keine überraschenden Beispiele. Sie alle kennen die. Ich erzähle sie ihnen heute, weil ich glaube, dass dieser

Berg Digitalisierung kleiner wird, wenn man ihn aus der Nähe betrachtet. Wenn man näher herangeht und sagt: Ich zerlege den mal in einzelne Bereiche, die uns interessieren. Dann ist das so ein bisschen wie mit dem Scheinriesen bei Jim Knopf. Dieser Riese im Buch von Michael Ende ist ganz groß ist, wenn man ihn von weitem betrachtet. Er wird aber immer, immer, immer kleiner, wenn man näher an ihn herankommt und wenn man genauer hinschaut.

Digitalisierung ist Modernisierung

Digitalisierung ist Modernisierung. Ein besonders schneller Prozess der Modernisierung, ein besonders umfassender Prozess. Aber es ist letztlich nichts anderes als ein Modernisierungsprozess. Modernisierung können wir. Städte können Modernisierung. Seit es Städte gibt, verändern sie sich permanent. Sie müssen sich verändern. Eine Stadt, die so bleibt wie sie ist, die wird zum Freiluftmuseum. Das können wir nicht wollen. Das brauchen wir nicht. Städte müssen sich ändern. Und – das ist für Digitalisierungsprozesse wichtig – jede Stadt ist anders. Sie können ein Digitalisierungskonzept für Düsseldorf nicht ohne weiteres auf Bielefeld übertragen und das der Bielefelder wahrscheinlich auch nicht auf Aachen. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass wir nicht immer das Rad neu erfinden, das ist klar. Aber wir brauchen angepasste Lösungen für unsere Städte – eine Schablone für die kommunale Digitalisierung NRW wird es nicht geben.

Der Städtetag gestaltet mit

Digitalisierung ist ein großes Thema. Es ist eine Herausforderung, eine große Aufgabe. Aber selbstverständlich kann Politik diese Aufgabe, diese Entwicklung mitgestalten. Wir im Städtetag wollen das tun. Das geht eigentlich nur in einer Kooperation zwischen Land und Kommunen. Wir haben noch im Juni eine Tagung, zu dem wir die Hauptverwaltungsbeamten aller unserer Mitgliedsstädte eingeladen haben, die Stadtspitzen und die Digitalverantwortlichen der Städte, die Chief Digital Officers (CDO). Und gemeinsam mit dem Digitalminister Andreas Pinkwart geht es darum, sich auszutauschen über Digitalisierungskonzepte und Digitalisierungsideen und auch über die Frage: Was erwarten denn die Städte von ihrem Spitzenverband? Wir wollen auch reinhören und fragen, was sind denn die Herangehensweisen, die unsere Mitglieder brauchen. Und das wollen wir gemeinsam mit dem Land tun. Das Thema wird sich durch unsere Arbeit hindurchziehen. Wir wollen den Prozess der Digitalisierung der Städte mitgestalten – mit den Städten und mit dem Land – im Land der Städte.

Termine

Öffentliche Verwaltung

19. ÖV-Symposium „NRW! Digital – Wir leben Veränderung“
am 6. September 2018 in Münster

<http://t1p.de/64yd>



Kultur

Next Library Conference
vom 12. bis 15. September 2018 in Berlin

<http://extranet.staedtetag-nrw.de/stnrw/extra/bildung/084352/index.html>



Energie

VKU-Stadtwerkekongress 2018
am 18. und 19. September 2018 in Köln

<http://t1p.de/sm1w>



Impressum:

Eildienst – Informationen für Rat und Verwaltung

Herausgeber: Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonshaus, Gereonstraße 18-32, 50670 Köln
0221/3771-0 Fax 0221/3771-128

Telefon: 0221/3771-0
E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: @staedtetag_nrw

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied: Helmut Dedy
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung/Druck: Media Cologne GmbH, Hürth
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,
Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495,
E-Mail: diederichs@medeya.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

■ Der Städtetag Nordrhein-Westfalen ist die Stimme der Städte im größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In ihm haben sich 40 Städte – 23 kreisfreie und 17 kreisangehörige – mit neun Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Der kommunale Spitzenverband repräsentiert damit knapp die Hälfte der Bevölkerung des Landes.

■ Der Städtetag Nordrhein-Westfalen nimmt aktiv die Interessen der Städte gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und zahlreichen Organisationen wahr. Er vertritt die im Grundgesetz und der nordrhein-westfälischen Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung.

■ Der Städtetag Nordrhein-Westfalen berät seine Mitgliedstädte und informiert sie über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge und Entwicklungen.

■ Der Städtetag Nordrhein-Westfalen stellt den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern her und fördert ihn in zahlreichen Gremien.

ISSN: 2364-0618

Köln, Juli 2018